

Die unfertige Demokratie

Henny Engels

Die Festschrift des Deutschen Frauenrats anlässlich seines 50-jährigen Bestehens im Jahr 2002 hatte den Titel »Die unfertige Demokratie«. Und in der Tat: Unsere Demokratie ist solange unvollendet, wie Frauen nicht die gleichen Möglichkeiten wie Männer haben, ihre Gesellschaft und ihren Staat zu gestalten. Manche mögen einwenden, dass nach der Aufhebung des Vereinigungsverbots für Frauen im Jahr 1908 und der Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1919 dem doch nichts mehr entgegenstehe. Das aber ist weit gefehlt. Zwar ist zum Beispiel der Anteil der weiblichen Mitglieder des Deutschen Bundestages in den letzten Jahren mehr oder weniger beständig gestiegen – derzeit sind es 204 Frauen, das sind 32,8 Prozent aller Abgeordneten. Dies ist aber nicht der allgemeinen Einsicht geschuldet, dass ohne Frauen kein Staat zu machen ist, sondern in erster Linie der Einführung von Quoten oder Quoren. Die (damals noch) Grünen formulierten bereits bei ihrer Gründung 1980, dass alle Gremien und auch die Wahllisten möglichst paritätisch besetzt sein sollten, und führten 1986 mit dem Frauenstatut eine feste Quote ein. Andere Parteien zogen nach – 1988 führte die SPD eine 40-Prozent-Frauenquote ein, die CDU formulierte 1996, dass zu einem Drittel alle Parteiämter und öffentliche Mandate mit Frauen besetzt werden sollen. Bei der PDS-Die Linke gilt eine 50-Prozent-Quote. Lediglich die FDP kennt bislang keine Frauenquote – allerdings gibt es jüngster Zeit die Forderung von weiblichen Parteimitgliedern nach einer 40-Prozent-Frauenquote für alle Parteigremien.

Ohne Zweifel haben diese Regelungen Fortschritte bewirkt. Von einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind wir aber noch weit entfernt. Dies zeigt sich am deutlichsten in der Wirtschaft; Frauen in Führungspositionen sind dort immer noch rar gesät. Einer gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte, wie sie etwa Norwegen seit 2003 kennt – dort müssen 40 Prozent der Aufsichtsratsplätze mit Frauen besetzt werden – steht der erbitterte Widerstand von Teilen der derzeitigen Bundesregierung entgegen. Veränderungen konnten bislang weder durch den Hinweis auf die Erfolge dieser Regelungen in Norwegen bewirkt werden noch dadurch, dass in der Zwischenzeit auch mit Dänemark, den Niederlanden und Frankreich auch einige EU-Länder eingesehen haben, dass freiwillige Selbstverpflichtungen wenig erfolgversprechend sind. Allerdings, so scheint es, zeigt die Mauer erste Risse. »Angesichts der nur mit der Lupe erkennbaren Fortschritte der vergangenen zehn Jahre schließe ich eine gesetzliche Regelung über einen Mindestanteil von Frauen in Führungspositionen von Unternehmen nicht mehr aus«, sagte Bundesarbeitsministerin von der Leyen im Interview mit dem manager magazin, das am 21. Januar 2011 erschien. Die freiwillige Selbstverpflichtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft – so die Ministerin an anderer Stelle (1) – sei »krachend gescheitert«.

Neben fehlenden gesetzlichen Regelungen sind es aber ganz banale Alltagsprobleme, die der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an der Gestaltung von verfasster Politik, zivilgesellschaftlichem Engagement und auf

dem Arbeitsmarkt entgegenstehen. Nach wie vor bewirken wie einzementiert weiter bestehende Rollenstereotype, dass Frauen die Sorge für Kinder und zunehmend auch für ältere, pflegebedürftige Familienangehörige sowie die Sorge für den gemeinsamen Haushalt zugeschrieben wird. Daraus folgt, dass Frauen – wollen sie denn erwerbstätig sein und sich politisch in der verfassten Politik oder in der Zivilgesellschaft betätigen – ein schier unmöglicher Spagat abverlangt wird. Um den Anforderungen gerecht zu werden, verzichten einige völlig auf eine eigene Erwerbstätigkeit. Andere arbeiten in Teilzeit – in der Bundesrepublik im Vergleich zu einigen anderen Ländern immer noch ein klassischer Karrierekiller.

Für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements weist der Freiwilligensurvey von 2009 aus, dass »mit einem Anteil von 40 % deutlich mehr Männer als Frauen freiwillig engagiert (32 %)« (2) sind. Der Survey führt weiter aus: »Dominierende Bereiche, wie etwa der Sport, überhaupt das gesamte vereins- und verbandsbasierte Wesen, mehr noch das politische und berufsbezogene Engagement sowie die freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste, sind stark von Männern geprägt. Hingegen ist das Engagement von Frauen in Kindergarten und Schule zwar umfangreich, aber oft zeitlich begrenzt. Bei den Kirchen spielen sie eine wichtige Rolle, allerdings nicht selten ohne ausreichende Mitbestimmung. Auffällig ist das gegenüber Männern starke Zurückbleiben des Engagements von Frauen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren. Für Frauen in diesem Alter konkurriert oft der Wunsch nach guter beruflicher Qualifikation und beruflichem Erfolg mit dem Bedürfnis, die Familiengründung nicht zu weit herauszuschieben. Sind die Kinder außer Haus, wird die oft einseitig auf die Familie bezogene Seite des weiblichen Engagements deutlich und eine neue Orientierung des Engagements fällt nicht leicht. Frauen haben dennoch ein hohes Engagementpotenzial, das seit 1999 von 28 % auf 39 % in 2009 gestiegen ist.« (3) Diese Zahlen geben – so meine ich – die Realität allerdings nur bedingt wieder. Viele unentgeltlich erbrachte Leistungen von Frauen in der erweiterten Familie, also über die eigene Kernfamilie hinaus, werden nach meiner Wahrnehmung in der Statistik nämlich nur bedingt berücksichtigt. Sie sind aber für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für deren menschenfreundliches Gesicht ebenso bedeutsam wie die Tätigkeit in der organisierten Zivilgesellschaft.

Was tun?

Vier Herausforderungen stellen sich – der Zivilgesellschaft, der Politik und den Frauenverbänden gleichermaßen.

- In der Gesellschaft muss ein deutlich stärkeres Bewusstsein dafür entstehen, dass die so genannten Care-Arbeiten (4) kein Privatvergnügen sind, sondern eine Aufgabe, der sich die Gesellschaft und alle ihre Mitglieder zu stellen haben. Dazu gehört auch, dass nicht je nach Kassenlage (und Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft) diese Aufgaben individualisiert werden. Bei der Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 verwies Dr. Christof Seifert von der Quandt-Stiftung darauf, dass zwar angesichts knapper Kassen die Sorgen staatlicher Stellen berechtigt und der Ruf nach mehr Engagement der Bürger/innen von daher nachvollziehbar sei. Aber, so fuhr er fort: »In ihrer Vielzahl und immergleichen Wiederholung« erweckten » die wohlfeilen Handlungsaufforderungen und guten Zureden an den Bürger

den Eindruck, in den Freiwilligen sein eine Ersatzkasse gefunden« (5) . Ein gutes Beispiel dafür, dass die Entwicklung durchaus in diese Richtung geht, ist der soeben vorgelegte Gesetzentwurf zur Familienpflegezeit. Er macht deutlich, dass die mit einer langlebigen Gesellschaft verbundenen Probleme nicht etwa der Gesellschaft zur Lösung zugewiesen werden. Mit Verweis auf die durchaus fragwürdige Annahme, dass die meisten Menschen zuhause gepflegt werden wollen und die meisten Angehörigen zuhause pflegen wollen, wird eine Regelung vorgeschlagen, die alle Risiken auf Seiten der Beschäftigten ansiedelt, die Wirtschaft weitgehend schont – und den Bundeshaushalt ebenso. Die Arbeitgeber (Gehaltsvorauszahlungen) erhalten eine staatliche Förderung für ihren Aufwand. Die Gehaltseinbußen und die Kosten einer verpflichtend vorgeschriebenen Familienzeitversicherung für den Fall, dass im Falles des Todes oder der Erwerbsunfähigkeit die / der Arbeitnehmer/in die Rückzahlung der vorausgezahlten Entgelte nicht mehr erfolgen kann, sind dagegen allein von den Pflegenden zu tragen. Frauen werden von dieser Regelung, wenn sie denn überhaupt trägt, besonders betroffen sein, weil sie die Mehrzahl der familiär Pflegenden stellen.

- Es bedarf für alle so genannten Care-Arbeiten verlässlicher und flächendeckender Infrastrukturen. Dies gilt nicht nur für die Vorschulkinder. Angesichts des demografischen Wandels müssen auch flächendeckend Einrichtungen geschaffen werden für die Pflege und Betreuung älterer und kranker Menschen. Nur so kann für Frauen und Männer sichergestellt werden, dass sie Erwerbsarbeit, Familienarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement für sie persönlich befriedigend und im gesellschaftlich notwendigen Ausmaß miteinander verbinden können.
- Um die in den Tiefenschichten der Gesellschaft verankerten Rollenstereotype wirksam und nachhaltig zu verändern, muss ein breit angelegter gesellschaftlicher Diskurs geführt werden. Männer müssen lernen, dass es durchaus zu einem gelungenen Mannsein gehört, in Familie und Haushalt einen gleichberechtigten Anteil der Arbeiten zu erledigen. Frauen müssen lernen, dies Männern zuzumuten – allerdings auch zuzutrauen. Es ist davon im Übrigen auszugehen, dass sich einige der vorhandenen Vereinbarkeitsprobleme sehr viel schneller erledigen, wenn mehr Männer vor den gleichen Problemen stehen wie Frauen bis heute. In diesem Zusammenhang sei auf den diesjährigen Equal-Pay-Day am 25.3.2011 verwiesen. Das entsprechende Aktionsbündnis hat seine Aktivitäten in diesem Jahr unter das Motto »Mannsbilder? – Weibsbilder? – Neue Bilder!« gestellt. Hierzu werden Forderungen erhoben, die auf der Seite des Bündnisses (www.equalpayday.de) zu lesen sind und unterstützt werden können.
- Die Zivilgesellschaft bzw. die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind herausgefordert, sich mit der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in ihren eigenen Strukturen kritisch auseinanderzusetzen. Vermutlich ist eine geschlechtergerechte Änderung der Besetzung von Leitungsfunktionen auch hier nur über eine Quotenregelung zu erreichen.

Und die Frauenverbände ?

Unbestritten haben die Frauenverbände und ihre Zusammenschlüsse wie zum Beispiel der Deutsche Frauenrat in den letzten Jahrzehnten viel dazu beigetragen, dass Änderungen zum Besseren erreicht wurden. Als Berufs-

verbände in bestimmten Sparten, aber auch als allgemeiner orientierte Verbände wie zum Beispiel Frauen in den Gewerkschaften, Frauen in den Parteien, Frauen in den Kirchen oder Frauen im Sport haben sie in mühsamer Kleinarbeit erreicht, dass Frauen mittlerweile ganz selbstverständlich einer eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen und nicht mehr in allen Fällen bereit sind, diese zugunsten familiärer Aufgaben aufzugeben. Die Frauenverbände haben dazu beigetragen, dass Worte wie »Rabenmutter« nur noch selten zu hören oder doch wenigstens zu lesen sind. Sie haben dies geleistet gegenüber der Zivilgesellschaft, aber auch gegenüber den politischen Parteien, dem Gesetzgeber und der Bundesregierung.

Die bereits erreichten Fortschritte sind keineswegs so unumkehrbar wie manche gerade der heute jungen Frauen meinen. Es gilt gerade in Zeiten knapper Kassen, Rückfälle in traditionelle Lösungen zu verhindern und weitere Veränderungen zielstrebig zu verfolgen. Dazu müssen die Frauenverbände selbst sich verändern. Untersuchungen zeigen, dass jüngere Frauen eher selten geneigt sind, sich langfristig in vorhandene Strukturen einzubinden. Die Frauenverbände werden also neue Zugangswege, neue Arbeitsformen und neue Organisationsformen entwickeln müssen, wenn sie attraktiv und effektiv bleiben wollen.

Also, heraus Schwestern und gerne auch Brüder, zur Sonne, zur Gleichheit.

Anmerkungen

(1) Hier beides zitiert nach der Berliner Zeitung vom 31.1.2011.

(2) BMFSFJ (Hrsg.), Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 – Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, München Oktober 2010; S. 19.

(3) Ebd.

(4) Unter Care-Arbeiten werden Sorgetätigkeiten für Kinder, Kranke, Menschen mit Behinderungen oder Ältere verstanden.

(5) Seifert, Christof, Rede bei der Eröffnungsveranstaltung zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit am 21.1.2011 in Berlin; Ausdruck S. 2.

Autorin

Henny Engels war sechs Jahre Diözesanvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Erzbistum Köln, zwei Jahre stellvertretende Bundesvorsitzende des BDKJ sowie 10 Jahre Verbandsreferentin bei der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, zuständig für Grundsatzfragen. Seit Mai 2001 ist sie Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrates; in dieser Funktion Mitglied des Koordinierungskreises des Forums

Menschenrechte, des Koordinierungskreises des Bundesweiten Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und des Kuratoriums der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft.

Kontakt:

Deutscher Frauenrat e.V.

Axel-Springer-Str. 54 a

10117 Berlin

Telefon: (0 3 0) 20 45 69 -0

Fax: (0 3 0) 20 45 69 44

E-Mail: h.engels@frauenrat.de

www.frauenrat.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de